

Etwas mehr Anpassung gewünscht: Einstellungen zur Integration von Ausländern in Deutschland

Terwey, Michael; Scheuer, Angelika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Terwey, M., & Scheuer, A. (2007). Etwas mehr Anpassung gewünscht: Einstellungen zur Integration von Ausländern in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 38, 12-14. <https://doi.org/10.15464/isi.38.2007.12-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

der Rentner vollständig überarbeitet. Ein roter Faden, der sich durch alle Kapitel zieht, ergibt sich aus der Notwendigkeit, berufliches und privates Leben miteinander zu vereinbaren, und zwar in verschiedenen Lebensphasen in unterschiedlicher Weise. Die spezifische Gestaltung dieses Geflechts aus beruflichen und privaten Lebensbedingungen macht die Lebensqualität in der französischen Gesellschaft aus. Die einzelnen Kapitel des Sozialberichts stehen auf der Website des INSEE (www.insee.fr) zum download zur Verfügung.

Niederlande: SCR 2006 „Investieren in vermogen“

Der jüngste Sozialbericht des Sociaal en Cultureel Planbureau (SCP) ist der Sociaal Cultureel Rapport (SCR) 2006. Der 17. Band dieser 1974 begonnenen Reihe bricht mit der Tradition früherer Berichte, indem nun anstelle systematischer Überblickskapitel eher essayistische Themenberichte präsentiert werden. Die systematische Sozialberichterstattung wird nun von der Reihe „Sociale Staat van Nederland“ geleistet (vgl. ISI 36:11), deren neuste Ausgabe im September 2007 erscheinen wird.

Der SCR 2006 widmet sich unter der Überschrift „Investieren in Vermögen“ der Suche

nach inspirierenden Vorbildern, d.h. gesellschaftlichen Gruppen, die entweder besonders erfolgreich sind oder als Vorreiter sozialen Wandels angesehen werden. Dabei war die Perspektive der Hoffnung auf Wachstum, die auch von der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung getragen wird, für die Auswahl der Themen der 12 Kapitel entscheidend. Behandelt wird die Zunahme der Universitätsausbildung, Einrichtungen für Hochbegabte, EDV-Kenntnisse in der Gesellschaft, erfolgreiche Minderheiten in der Mittelklasse, Vollzeit arbeitende Mütter, Innovation und besondere Stärken der Niederländer, Strukturwandel in der Landwirtschaft, Investitionen in die Gesundheit, informelle Hilfeleistung, das gesellschaftliche Engagement von Kirchgängern sowie Investitionen in den Wohnungsbestand und in Problemviertel. Der Sociaal Cultureel Rapport 2006 steht zum download zur Verfügung unter www.scp.nl/publicaties/boken/9037702856.shtml.

Großbritannien: Social Trends 2007

Im April 2007 publizierte das Office for National Statistics die 37. Ausgabe der „Social Trends“. Anders als in früheren Ausgaben dieser Reihe wird kein Leitthema mehr vorangestellt (wie bspw. 2006 die ethnische

Zusammensetzung der Bevölkerung). Die thematischen Kapitel stehen nun eigenständig nebeneinander und wurden entsprechend neu organisiert und aktualisiert. Bei der aktuellen Überarbeitung wurde jedoch den sich wandelnden Lebensbedingungen von Kindern und jungen Erwachsenen besonderes Augenmerk geschenkt.

In den 13 Kapiteln zu Bevölkerung, Haushalte und Familien, Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt, Einkommen und Vermögen, Ausgaben, Gesundheit, Soziale Sicherheit, Kriminalität und Sicherheit, Wohnen, Umwelt, Transport sowie Lebensstile und soziale Partizipation wird in klassischer Manier ein Gesamtüberblick über Zustand und Entwicklung der britischen Gesellschaft gegeben. Ergänzt wird der Bericht durch einen detaillierten Appendix, der die verwendeten und weitere Informationsquellen auflistet. Die „Social Trends 2007“ sowie weiterführende Informationen sind im Internet allgemein zugänglich unter www.statistics.gov.uk/socialtrends.

Angelika Scheuer, GESIS-ZUMA

Tel.: 0621-1246-249

angelika.scheuer@gesis.org

Etwas mehr Anpassung gewünscht

Einstellungen zur Integration von Ausländern in Deutschland

Die Integration von Ausländern ist ein Thema, das seit langem Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion findet. Anlass für eine solche Debatte sind offensichtlich Schwierigkeiten, die immer wieder im Integrationsprozess auftreten. So hat das schlechte Abschneiden von Schülern mit Migrationshintergrund in den PISA-Studien die Problematik mangelnder Integration wiederholt deutlich gemacht. Auch ist man sich zunehmend der Tatsache bewusst geworden, dass sich viele Ausländer in subkulturelle Gemeinschaften zurückgezogen haben. Vor diesem Hintergrund werden immer wieder Initiativen gestartet, die den Ausländern die Integration in die deutsche Gesellschaft erleichtern sollen. Dabei hat es sich allerdings als Problem erwiesen, dass man sich in Deutschland lange gescheut hat, auch den Ausländern eine gewisse Integrationsleistung abzuverlangen. Die ALLBUS-Umfrage von 2006 bietet die Möglichkeit zu untersuchen, ob sich die Einstellungen der Deutschen zur Integration der Ausländer diesbezüglich verändert haben.

Die Bundesrepublik hat bereits vielfältige Erfahrung mit Zuwanderung von Ausländern gemacht. Im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs wurden Gastarbeiter vorwiegend aus Südeuropa angeworben, die sich teilweise dauerhaft in Deutschland angesiedelt haben. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks kamen – neben den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien – vor allem viele deutschstämmige Aussiedler nach Deutschland. Daneben gab es zeitweise eine große Zahl Asylsuchender. Jede dieser Zuwanderergruppen stellte eine neue Herausforderung an die Integrationsbereitschaft der Deutschen dar. Ob die Eingliederung erfolgreich verläuft, hängt auch davon ab, dass die Integration von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunftsländer in unserer Gesellschaft

überhaupt auf Akzeptanz stößt. In den Medien wird dabei immer wieder suggeriert, dass die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zunehme, was beispielsweise mit der steigenden Zahl ausländerfeindlicher Straftaten belegt wird. Langzeitdaten aus den ALLBUS-Umfragen geben uns die Möglichkeit, zunächst die Behauptung zu überprüfen, ob tatsächlich eine wachsende Ablehnung von Ausländern in der Bevölkerung zu beobachten ist.¹

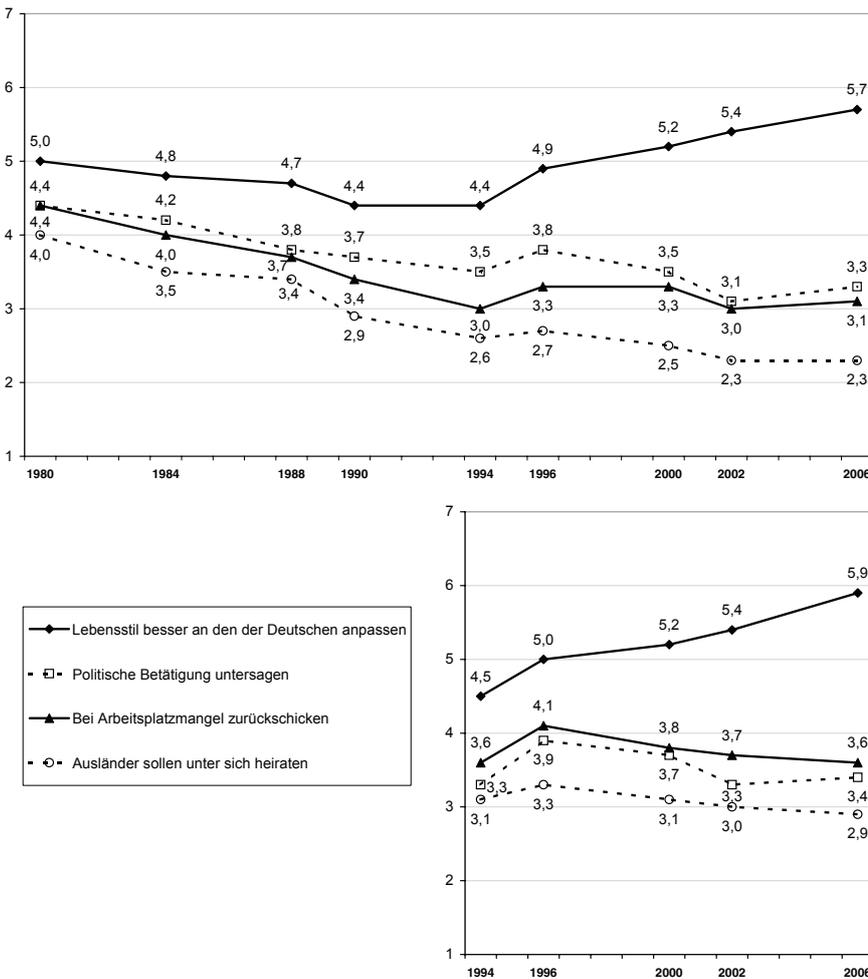
Seit 1980 werden in den ALLBUS-Umfragen vier Fragen gestellt, die es erlauben, die Entwicklung der Einstellungen der Deutschen gegenüber den Ausländern über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahrzehnten zu untersuchen. Bei der Formulierung der Fragen stand das Konzept des Gastarbeiters im Vordergrund

mit der Vorstellung, dass diese nur für einige Jahre in Deutschland arbeiten und dann in ihre Heimat zurückkehren würden:

- Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.
- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.
- Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.

Grafik 1 stellt dar, wie sich die Zustimmung zu den vier Aussagen zwischen 1980 und 2006 verändert hat, in Westdeutschland seit 1980, in Ostdeutschland seit 1994. Die geringste Zustimmung findet in beiden Landesteilen die Ansicht, Ausländer sollten ihren Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen. Auf der Skala von 1-7 wird für Westdeutschland im Jahr 1980 ein Mittelwert von 4,0 ermittelt. Diese Zustimmung schwächt sich im Laufe der Zeit deutlich ab, so dass sich im Jahre 2006 nur noch ein Mittelwert von 2,3 ergibt, der mehrheitlich für eine deutliche Ablehnung spricht. In Ostdeutschland liegt der Durchschnitt derweil um den Skalenwert 3. Etwas mehr Zustimmung bekommt die Forderung nach einem Politikverbot sowie die Forderung, die Ausländer bei Arbeitsplätzenmangel in ihre Heimat zurückzuschicken. In beiden Fällen lässt sich in Westdeutschland ebenfalls ein leichter

Grafik 1: Einstellungen zu Ausländern in West- und Ostdeutschland, 1980-2006



Mittelwerte auf einer 7er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 7 = stimme voll und ganz zu.
 Datenbasis: ALLBUS 1980-2006, deutsche Befragte

Rückgang der Zustimmung im Zeitverlauf beobachten. In Ostdeutschland zeigen sich im beobachteten Zeitraum nur leichte Schwankungen. Eine ganz andere Entwicklung vollzieht die Zustimmung zur Forderung, dass Ausländer „ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen“ sollten. Hier lässt sich seit Mitte der 1990er Jahre ein klarer Anstieg im Durchschnitt der Skalenwerte beobachten: von 4,4 auf 5,7 in Westdeutschland und von 4,5 auf 5,9 in Ostdeutschland.

In der gestiegenen Zustimmung zu dieser Forderung zeigt sich eine gewandelte Haltung gegenüber den Ausländern. Wurden sie zunächst eher als Arbeitskräfte gesehen, die vorübergehend Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausfüllen sollten, wird heute viel deutlicher die Notwendigkeit der Integration und des Aufeinanderzugehens gesehen. Restriktionen wie das Verbot politischer Beteiligung sowie die Forderung, Ausländer sollten nur untereinander heiraten, haben in der Zwischenzeit deutlich an Zuspruch verloren. Auch die Vorstellung, Ausländer sollten bei Arbeitsplätzenmangel zurückgeschickt werden, wird nur noch von einer Minderheit unterstützt. Hingegen wird von den Zuwanderern ein gewisses Maß an Anpassung ganz klar eingefordert. Es zeigt sich ein gewachsenes

Selbstbewusstsein seitens der Deutschen, das auch ein Entgegenkommen von den Zugewanderten erwartet. Dies kann im Zusammenhang mit der zur Zeit oft propagierten Absage an Parallelgesellschaften gesehen werden, in denen Zuwanderer sich aus Sicht der Kritiker zu sehr abschotten und ihre mitgebrachten Traditionen

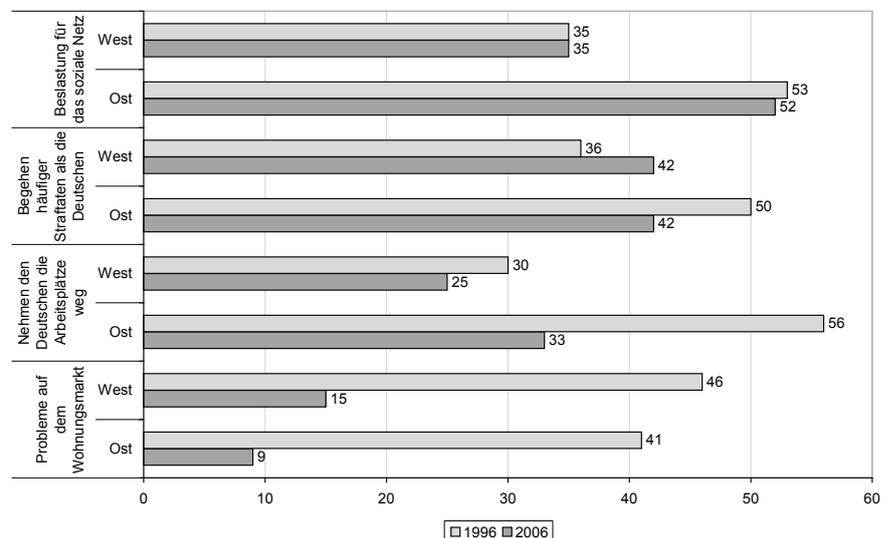
pflegen, ohne sich aktiv um eine kulturelle Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft zu kümmern.

Die Forderung nach Lebensstilanpassung kann also dahingehend interpretiert werden, dass sich die Deutschen auf ein Zusammenleben mit den Ausländern – unter bestimmten Bedingungen – eingestellt haben. Das wirft die Frage auf, ob Befürchtungen, die bisher mit dem Zuzug von Ausländern verbunden waren, zurückgegangen sind. Dafür betrachten wir nun die Furcht vor vier vermuteten Folgen der Anwesenheit von Ausländern in den Jahren 1996 und 2006 (Grafik 2):

- Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.
- Ihre Anwesenheit in Deutschland führt zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt.
- Sie nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg.
- Sie begehen häufiger Straftaten als die Deutschen.

Beinahe unverändert ist in den letzten zehn Jahren die Befürchtung geblieben, dass die Ausländer das soziale Netz belasten, wobei diese Befürchtung von einem Drittel der Westdeutschen und der Hälfte der Ostdeutschen geäußert wird. Die Sorge über häufige Straftaten wird 2006 von Ost- und Westdeutschen gleich häufig geäußert, wobei im Westen eine Zunahme und im Osten eine Abnahme zu beobachten ist. Die Befürchtung, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, ist in beiden Teilen Deutschland stark zurückgegangen – parallel zum Rückgang der Forderung, die Ausländer sollten bei steigender Arbeitslosigkeit in ihre Heimatländer zurückkehren (Grafik 1) –, ist aber im Osten immer noch stärker ausgeprägt als im Westen. Am stärksten ist die Angst um die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zurückgegangen, was mit der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt im Verlauf der 1990er Jahre korrespondiert. Diese Sorge ist im Westen nach wie vor stärker ausgeprägt als

Grafik 2: Vermutete Folgen der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland, 1996-2006



Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006, deutsche Befragte

im Osten. Während 1996 in Westdeutschland die Folgen für den Wohnungsmarkt und in Ostdeutschland die für den Arbeitsmarkt die größte Sorge bereitete, sind es im Jahre 2006 im Westen die Angst vor häufigeren Straftaten der Ausländer und im Osten die Belastung für das soziale Netz.

Die stetig wachsende Zustimmung zu der Forderung, „die Ausländer sollten sich dem Lebensstil der Deutschen ein bisschen besser anpassen“, lässt vermuten, dass sich hier ein gesellschaftlicher Konsens entwickelt. Wenn dem so ist, müssten eventuell gegensätzliche Positionen zu dieser Frage zurückgehen und sich die Zustimmung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einander angleichen. Dieser Frage soll zum Schluss nachgegangen werden. Tabelle 1 stellt die Skalenmittelwerte zur Frage der Lebensstilanpassung für unterschiedliche Gruppen für den Zeitraum dar, in dem die allgemeine Zustimmung hierzu zugenommen hat (1994-2006). Für alle Gruppierungen – nach Alter, Schulbildung, subjektiver Schichteinstufung, ideologischer Position und politischen Präferenzen – wurde zusätzlich die maximale Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Zustimmung berechnet. Je kleiner diese Differenzen werden, desto größer ist die gesellschaftliche Übereinstimmung in dieser Frage.

Betrachten wir zunächst die Größe der Mittelwertunterschiede, so zeigt sich, dass diese insgesamt kleiner werden. Bei den Altersgruppen beträgt die Differenz in Skalenpunkten im Jahre 2006 nur noch ca. ein Viertel der Differenz von 1994. Bei den anderen Gruppierungen hat sich die Differenz in etwa halbiert. Man kann also davon sprechen, dass sich hier ein gesellschaftlicher Konsens entwickelt, indem frühere Meinungsunterschiede eingebnet werden.

Bei den Altersgruppen gab es zu Beginn des beobachteten Zeitraums einen relativ deutlichen Unterschied zwischen den Jüngeren mit geringerer und den Älteren mit höherer Zustimmung zu der Forderung nach Lebensstilanpassung. Zugenommen hat die Zustimmung bei allen Altersgruppen im Zeitverlauf, am stärksten jedoch bei den Jüngeren, die sich damit der Position der Älteren annähern. Bei den Bildungsgruppen zeigt sich ebenfalls eine Annäherung. Generell ist festzustellen, je höher die Bildung, desto zurückhaltender die Forderung nach einer Anpassung der Ausländer an den deutschen Lebensstil. Aber auch hier nimmt bei der höchsten Bildungsgruppe die Zustimmung im Laufe der zwölf Jahre stärker zu als in den niedrigen Bildungsgruppen, so dass heute insgesamt geringere Differenzen zwischen den Bildungsgruppen zu beobachten sind. Das gleiche Bild zeigt sich, wenn die subjektive Schichteinstufung betrachtet wird. In der Unterschicht verlangt man stärker als in der Oberschicht nach Lebensstilanpassung. Die Zustimmung zu dieser Forderung wächst in der Oberschicht jedoch stärker als in der Unterschicht, so dass die Abstände zwischen den Schichten kleiner werden.

Tabelle 1: Unterstützung der Anpassungsforderung in verschiedenen sozialen Gruppen, 1994-2006

	1994	1996	2000	2002	2006
Alter					
18-29 Jahre	4,0	4,2	4,9	4,9	5,6
30-44 Jahre	4,1	4,5	4,9	5,0	5,6
45-59 Jahre	4,6	5,1	5,3	5,5	5,7
60-74 Jahre	5,1	5,7	5,7	5,9	5,8
75-89 Jahre	4,8	5,4	5,7	6,2	5,7
Max. Differenz	1,1	1,4	0,9	1,3	0,3
Schulabschluss					
Ohne Abschluss	4,3	5,6	5,4	6,2	5,5
Volks-/Hauptschule	4,8	5,4	5,6	5,9	6,1
Mittlere Reife	4,2	4,7	5,1	5,4	5,7
(Fach-)Hochschulreife	3,7	4,1	4,7	4,6	5,4
Max. Differenz	1,2	1,5	0,9	1,6	0,7
Subjektive Schichteinstufung					
Unter- und Arbeiterschicht	4,7	5,2	5,4	5,7	5,9
Mittelschicht	4,3	4,9	5,2	5,3	5,7
Obere Mittel- und Oberschicht	3,9	4,5	4,8	5,2	5,5
Max. Differenz	0,8	0,7	0,6	0,5	0,4
Ideologische Position					
Links (Skalenwert 1-3)	3,9	4,3	4,8	4,7	5,4
Mitte (Skalenwert 4-7)	4,5	5,0	5,2	5,4	5,8
Rechts (Skalenwert 8-10)	4,9	5,6	5,7	6,1	6,1
Max. Differenz	1,0	1,3	0,8	1,4	0,6
Politische Präferenzen					
Postmaterialisten	3,5	4,0	4,7	4,7	5,3
Mischtypen	4,5	5,1	5,4	5,5	5,8
Materialisten	5,0	5,6	5,7	5,9	6,1
Max. Differenz	1,5	1,6	1,1	1,2	0,8

Mittelwerte auf einer 7er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 7 = stimme voll und ganz zu.

Datenbasis: ALLBUS 1994-2006, deutsche Befragte, gewichtet

Jedoch nicht nur soziale, sondern auch ideologie- oder präferenzbasierte Gruppen nähern sich in dieser Frage aneinander an. Unterscheidet man die Befragten nach ihrer Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, so ist die Forderung nach Lebensstilanpassung bei den Rechten am stärksten und bei den Linken am schwächsten ausgeprägt. Dies ist auch 2006 noch so, doch haben sich die Unterschiede verringert, weil die Zustimmung bei den Linken stärker zugenommen hat als bei den Rechten, bei denen sie ohnehin sehr hoch ist (6,1 auf der 7-Punkte-Skala). Auch bei der Unterscheidung von Präferenztypen nach Inglehart zeigt sich eine deutliche Entwicklung. Materialisten (für die Recht und Ordnung sowie Preisstabilität in der Politik Priorität haben) beharren stärker auf der Lebensstilanpassung der Ausländer als Postmaterialisten (deren Prioritäten die freie Meinungsäußerung und Bürgerbeteiligung sind). Bei den Postmaterialisten zeigt sich im beobachteten Zeitraum jedoch die stärkste Zunahme in der Forderung nach Lebensstilanpassung, so dass die Unterschiede zwischen den Präferenzgruppen am Ende nur noch etwa halb so groß sind wie am Anfang.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Differenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nicht immer gleichmäßig abnehmen, sondern immer auch einmal wieder Zunahmen verzeichnen, zuletzt im Jahr 2002.

Dennoch ist eine generelle Tendenz zu einer Anpassung der Positionen in der Frage nach der Lebensstilanpassung der Ausländer zu beobachten. Während sich restriktive Forderungen im Umgang mit den Ausländern allmählich abschwächen, entsteht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die Ausländer in gewissem Maße selbst zur Integration beitragen sollten, indem sie sich dem Lebensstil in der Aufnahmegesellschaft annähern. In dieser Hinsicht kann man von einer Normalisierung in Deutschland sprechen, das seine Erwartungshaltung gegenüber den Ausländern zunehmend unverkrampft artikuliert.

1 Zum theoretischen Hintergrund siehe Terwey (2003).

Terwey, Michael, 2003: Ethnocentrism in Germany: Worldview Connections and Social Contexts. S. 69-94 in: Richard Alba, Peter Schmidt und Martina Wasmer (Hg.), *Germans or Foreigners? Attitudes Towards Ethnic Minorities in Post-Reunification Germany*. New York und Houndmills: Palgrave Macmillan.

Michael Terwey, GESIS-ZA, und Angelika Scheuer, GESIS-ZUMA
 Tel.: 0221 / 47694-22
 und 0621 / 1246-249
 michael.terwey@gesis.org
 angelika.scheuer@gesis.org